Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Ausgabestellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 25 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 270 — Mittwoch, den 19. November 1924 — 19. Jahrgang

Steuern und Preise.

Die Kritik an der neuen Preisermäßigungs-Aktion der Reichsregierung ist besonders scharf gewesen. Als Grund hierfür ist natürlich in erster Linie der Wahlkampf anzusehen. Die nicht zur bisherigen Regierungskoalition gehörenden Parteien werfen dem Kabinett vor, sie benutzen den Steuerabbau zu Propagandazwecken. Dieser Vorwurf ist schon deshalb ungerechtfertigt, weil ja bekanntlich die Trennungslinie der beiden großen einander bekämpfenden Parteigruppen mitten durch die bisherige Regierungskoalition hindurchläuft. Man wird daher die Regierungsverordnung über die Ermäßigung wichtiger Steuern als eine rein wirtschaftspolitische Maßnahme ansehen und werten müssen. Die praktische Frage, um die es sich hier handelt, lautet: Hat die Steuerermäßigung Aussicht, zu einer Preisermäßigung zu führen?

Ein Teil der Steuerermäßigungen bezweckt die Herabsetzung der Gestehungskosten für wichtige Verbrauchsgegenstände. Wenn innerhalb von wenigen Wochen die Umsatzsteuer von 2½ auf 2, dann wieder von 2 auf 1½ Prozent, also um volle 40 Prozent herabgesetzt worden ist, so muß dies auf den Verkaufspreis beim Einzelhändler einwirken. 1 Prozent vom Warenwert — so hoch beläuft sich die Ermäßigung — bedeutet in Wirklichkeit die Möglichkeit, die Ware um mehrere Prozent zu verbilligen, weil ja doch bei jedem einzelnen Uebergang: vom Produzenten auf den Weiterverarbeiter, von diesem wieder auf den Großhändler und schließlich vom Großhändler auf den Kleinhändler diese Ermäßigung der Gestehungskosten führt die Verminderung der Steuervorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer. Bisher war es vielfach so, daß Einkommen versteuert wurden, die früher einmal bestanden haben, in der betreffenden Steuerperiode jedoch garnicht eingetreten sind. Mittelbar wirkt auf die Warenpreise die Erhöhung des sogenannten „steuerfreien Existenzminimums" bei den Gehalts- und Lohnempfängern und die Ermäßigung des Lohnabzuges ein.

Praktisch kommt dies in einer gesteigerten Kaufkraft der zurzeit bestehenden Löhne und damit in einer gesteigerten Kaufkraft der zurzeit bestehenden Löhne und damit in einer Minderung des Anreizes zu Lohnforderungen zum Ausdruck. Die Gegner der Preisermäßigungsaktion sitzen überall dort, wo der Produzent bezw. der Händler kurzsichtig und hartnäckig an den zurzeit geltenden Preisen festhält und sich weigert, die Steuerersparnisse in seinen Warenpreisen zum Ausdruck zu bringen. Besonders Absatzkartelle und Preiskonventionen zur Ermäßigung des Preisniveaus und zur Steigerung der deutschen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Natürlich ist nicht jede Preisverabredung und nicht jedes Festhalten an einem einmal bestehenden Preisniveau als ungerechtfertigt und unsozial zu bezeichnen. Oft bildet das Festhalten an einem gewissen auskömmlichen Preisniveau im Inlandgeschäft die unentbehrliche Voraussetzung dafür, daß die mit der Erweiterung des Auslandabsatzes notwendig verbundenen Verluste getragen werden können. Auch wo solche Erwägungen aufgestellt werden, sollten es sich die Produzenten und Händler reiflich überlegen, ob sie sich dem von der Reichsregierung auf die Preise ausgeübten Druck widersetzen sollen. Es handelt sich nicht nur um das praktische Ergebnis, daß die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten ihr Ende findet, sondern auch grundsätzlich darum, daß einer wirtschaftspolitischen Initiative der Regierung Erfolg und Achtung im Lande verschafft wird.

Dr. Croll.

Die Regierung zur Preisgestaltung.

Zur Frage Preisbildung für die Lebensmittel schreibt die sächsische Landespreisprüfungsstelle u. a.:

In den letzten Wochen hat sich eine bedenkliche Tendenz der Steigerung der Lebensmittelgroßhandelspreise im Einzelhandel ausgewirkt und das schon vorher bestehende Mißverhältnis zwischen Bedarf und Kaufkraft breitester Kreise äußerst drückend empfinden lassen. Die Folgen sind energische Bestrebungen auf Lohnerhöhung und Vorwürfe gegenüber der Wirtschaft, daß die von der Reichsregierung eingeleitete beispielgebende Preisabbauaktion von den Erzeugern und dem Handel lediglich zu neuer Gewinnerzielung benutzt worden sei. Von einem Abbau der Preise ist tatsächlich nichts zu spüren, wenn man auch billigerweise mit einem Urteil über die Wirkung der Aktion zurückhalten sollte, bis ein längerer Zeitraum verstrichen ist.

Die Fleischpreise halten sich nach Feststellung der Landespreisprüfungsstelle Sachsen noch immer auf einer Höhe, die nicht gerechtfertigt erscheint. Seitens der Fleischer wird immer betont, daß die höheren Unkosten (Steuern, Frachten, Löhne, soziale Abgaben usw.) und die höheren Ansprüche der Verbraucherschaft, die im Gegensatz zur Vorkriegszeit nur noch beste Ware zu verlangen pflege, eine Hochhaltung der Preise bedingen. Jedenfalls lehrt aber die Erfahrung, daß die Fleisch- und Wurstpreise nicht immer bei Rückgang der Viehpreise eine entsprechende preissinkende Tendenz zeigen, und es liegt daher die Vermutung nahe, daß die Preisbestimmung mehr oder weniger von den Innungen ausgeht, um die Preise auf einem möglichst hohen Niveau zu halten und eine gesunde Konkurrenz nach Möglichkeit auszuschalten. Daß die Ursache für die hohen Fleischpreise zum Teil in den jetzigen höheren Viehpreisen liegen, zum Teil auch in dem wesentlich geringeren Viehauftrieb, so sind diese Gründe doch keineswegs hinreichend, um die hohen Fleischpreise zu rechtfertigen. Es bleibt zu hoffen, daß nach der nunmehr eingetretenen Beendigung der Weidezeit ein lebhafterer und verstärkter Marktauftrieb einsetzt und daß dadurch notwendigerweise auch eine weitere Rückentwicklung der Preise für Vieh und Fleisch angebahnt wird. Vom Fleischergewerbe muß unter allen Umständen erwartet werden, daß es seinerseits durch schärfste Kalkulation in jedem einzelnen Falle dazu beiträgt, die Fleischpreise auf ein angemessenes Maß herabzusetzen.

Bei der diesjährigen Kartoffelernte in Deutschland ist nach Feststellungen der Landespreisprüfungsstelle in Sachsen quantitativ ein gutes Mittelergebnis zu verzeichnen. Nach den ersten Lieferungen, die auf den Markt kamen, war indessen mit erheblicher Qualitätsminderung zu rechnen. Diese Annahme scheint sich — wie die Preisberichtsstelle beim Deutschen Landwirtschaftsrat mitteilt — erfreulicherweise nicht zu bewahrheiten, denn in wichtigen Produktionsgebieten, wie Pommern, Brandenburg, Ostpreußen, Sachsen stellt sich die Qualität der Früchte immer besser heraus, als anfangs angenommen wurde. Auch von Süddeutschland wird sehr gute Kartoffelernte gemeldet, so daß eine Einfuhr von Norddeutschland und aus den Donaugegenden nach Südwestdeutschland diesmal kaum in Frage kommen dürfte. Die Preise für Kartoffeln gingen allerdings kurz nach der Ernte sprunghaft in die Höhe, doch ist in den letzten Wochen ein merklicher Rückschlag zu verzeichnen. Zum Teil ist das Geschäft vollständig abgeflaut, da starkem Angebot nur geringe Nachfrage gegenübersteht. Von Breslau wird berichtet, daß starke Anlieferungen polnischer Kartoffeln gleichfalls zum Senken der Inlandspreise erheblich beitragen.

Die Preise für frische Milch sind nach den Ermittlungen der Landespreisprüfungsstelle Sachsen im Oktober die gleichen geblieben. Sie stehen in den sächsischen Großstädten 60 Prozent über dem Preis der Vorkriegszeit und erscheinen allerorts übersetzt. Wie skrupellos die Lage ausgenutzt wird, zeigen die Preise in den am günstigsten liegenden Gebieten, in Kempten kostet die Milch 38 Pfg. pro Liter! Die sächsischen Großstädte haben die gleichen Preise wie München, Berlin, Nordbayern, in den anderen süddeutschen Städten sind die Preise etwas höher, in den norddeutschen etwas niedriger. Neuerdings zeigen sich Erhöhungen im Erzgebirge. Es wird Aufgabe der Preisprüfung sein, sie scharf zu kontrollieren und gegebenenfalls ungerechtfertigte Ansprüche zurückzuweisen.

Kriegsschuldanklagen gegen Poincaré.

Neue französische Enthüllungen.

Paris, 17. Nov. Die hier erscheinende Zeitschrift „Europe" gibt aufsehenerregende Memoiren des ehemaligen französischen Botschafters in Petersburg, Georges Louis, heraus, der bekanntlich auf Wunsch Iswolskys 1913 von seinem Posten in Petersburg entfernt wurde. Aus den Blättern, von denen das „Oeuvre" gestern einige Dokumente veröffentlichte, geht hervor, daß Louis den Hauptanteil an der Kriegsschuld Poincare und Iswolsky beimißt. Seine Aufzeichnungen beweisen auch, daß andere hervorragende französische Staatsmänner wie Pichon und der ehemalige Botschafter in Berlin Jules Cambon diese Ansicht teilten.

•

Die Veröffentlichungen aus den Tagebüchern des ehemaligen französischen Botschafters in Rußland Georges Louis und die darin enthaltene ernste Beschuldigung Poincares für den Weltkrieg verantwortlich zu sein, haben einer Reutermeldung zufolge in der französischen Hauptstadt Aufregung verursacht. Auch in der englischen Presse werden die Veröffentlichungen viel beachtet. „Westminster Gazette" trägt am Kopf die fettgedruckte Ueberschrift „Kriegsschuldanklagen gegen Poincare" und erklärt, diplomatische Kreise in ganz Europa würden unvermeidlich durch die gestrigen Enthüllungen des Oeuvre erregt werden. „Morningpost" veröffentlicht das Telegramm ihres Pariser Berichterstatters unter der Ueberschrift „Neue Theorien über die Kriegsursache".

Poincaré entgegnet.

Paris, 17. Nov. Poincare richtete an die Agence Havas einen Brief, dem er Erklärungen von Jules Chambon, Pichon und dem neuernannten französischen Botschafter in Washington Dechanel beifügt. Er erklärt, die unter dem Namen Georges Louis veröffentlichten Noten enthielten ebensoviele Unwahrscheinlichkeiten wie materielle Unrichtigkeiten. Die von ihm unterbreiteten Zeugnisse bewiesen genügend, daß sie keinen Glauben verdienten. Poincare stellt in Aussicht, daß er vielleicht eines Tages die Gelegenheit haben werde, auf die Ereignisse von 1912 und die Ereignisse der darauffolgenden Jahre zurückzukommen. Außerdem werde er vielleicht auch zeitgenössische Privatbriefe von Paul Cambon, Guerard und von vielen anderen autoritativen Persönlichkeiten, ja sogar von Georges Louis selbst veröffentlichen. Sie werden alsdann die Berichtigungen noch verstärken, die er heute der Oeffentlichkeit unterbreite. In seinem Briefe an Poincare schreibt Jules Cambon: „Mein Bruder und ich haben mit ihnen, Herr Poincare nach bestem Können dafür gearbeitet, die unmittelbare Kriegsgefahr zu beseitigen. Wir haben die Gewißheit, daß man der Regierung Frankreichs auch nicht die geringste Verantwortung für die Ereignisse von 1914 aufhalsen kann." Pichon schreibt, er könne bestimmt sagen, daß Poincare als Ministerpräsident, als Außenminister und als Präsident der Republik immer für die Aufrechterhaltung des Friedens gearbeitet habe.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Die Differenzen in den deutsch-französischen Handels-Verhandlungen werden auch heute im Reichskabinett Gegenstand der Erörterung sein. Am Nachmittag findet unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Ministerbesprechung statt, in der die neuen Instruktionen für die deutschen Unterhändler festgelegt werden sollen. Mit diesen Instruktionen wird Staatssekretär Trendelenburg wieder nach Paris reisen, um die Verhandlungen dort fortzusetzen.

Belgische Meistbegünstigung für Deutschland.

Brüssel, 17. Nov. Die „Libre Belgique" teilt in ihrer Montagsausgabe mit: Wir glauben zu wissen, daß die belgische Regierung sich entschlossen hat, Deutschland das Vorrecht der meistbegünstigten Nation zu bewilligen." Die Nachricht habe in Kreisen der französischen Kolonie eine lebhafte Aufregung hervorgerufen.

Einfuhrerleichterungen nach der Schweiz.

Berlin, 17. Nov. Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz, betreffend den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkung sind heute abgeschlossen worden. Das Abkommen wurde um 10 Uhr vormittags im Auswärtigen Amt von den Leitern der Delegationen, deutscherseits von dem Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Köpke, schweizerischerseits von dem Gesandten Dr. Ruesenacht und dem Leiter der Handelsabteilung des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements Dr. Wetter unterzeichnet. Es bedarf noch der Genehmigung durch die beiden Regierungen und wird 14 Tage nach gegenseitiger Ratifizierung der Genehmigung in Kraft treten.

•

Bern, 17. Nov. Die Schweizer Regierung erklärt, daß bis jetzt mit niemandem offizielle oder inoffizielle Verhandlungen über ein russisch-schweizerisches Handelsabkommen stattgefunden haben.

Schwierigkeiten bei der Wiener Kabinettsbildung.

Keine Rückkehr Dr. Seipels?

Wien, 17. Nov. Die Verhandlungen Dr. Seipels, die ihm die Garantien zur Wiederübernahme der Regierung schaffen sollen, gestalten sich äußerst schwierig. Es erscheint daher die Möglichkeit gegeben zu sein, daß Dr. Seipel im Sinne seiner wiederholten Erklärungen in letzter Zeit eine Wiederwahl ablehnen, bzw. letztere überhaupt nicht mehr in Frage kommen wird.

Wien, 17. Nov. Wie die Politische Korrespondenz mitteilt, ist der von Dr. Seipel als sein Nachfolger empfohlene gewesene Minister Dr. Rudolf Ramek bereits von der christlichsozialen Partei mit den Vorarbeiten für die Regierungsbildung betraut worden. Die bisherigen Minister werden von Dr. Seipel ersucht, einer eventuellen Wiederberufung Folge zu leisten. Finanzminister Kienböck wird jedoch dem neuen Kabinett nicht angehören. Dr. Seipel wird sofort die Obliegenheiten des Obmannes der christlichsozialen Partei wieder übernehmen.